

1. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. Juni 2011

Inhalt

Eröffnung der konstituierenden Sitzung	3	Abg. Rupp (DIE LINKE)	6
Abg. Knäpper (CDU)	3	Abg. Tschöpe (SPD)	7
Feststellung der Geschäftsordnung	4	Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	7
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	5	Abg. Röwekamp (CDU)	7
Sonstige Eingänge	5	Abstimmung	8
Abg. Timke (BIW) zur Geschäftsordnung	5	Wahl des Vorstands	
Abg. Tschöpe (SPD) zur Geschäftsordnung	6	a) Wahl des Präsidenten/der Präsidentin	9
Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) für die 18. Wahlperiode		b) Wahl der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen	12
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 28. Juni 2011 (Drucksache 18/4)		c) Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen	12
D a z u		Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsausschusses	14
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juni 2011 (Drucksache 18/3)		Fragestunde	14
		Aktuelle Stunde	14

Abg. **Knäpper**

Abg. **Frau Böschen**

Abg. **Frau Neddermann**

Abg. **Rupp**

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hiller

Vizepräsidentin Schön

Schriftführerin Mahnke

Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Buse** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Prof. Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

- (A) Abg. Knäpper eröffnet als Alterspräsident die Sitzung um 10.00 Uhr.

Abg. **Knäpper** (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die erste Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) in der 18. Wahlperiode ist eröffnet.

Ich persönlich hätte es mir nicht träumen lassen, dass ich heute hier als Alterspräsident die erste Sitzung eröffne. Als man mir am Telefon sagte, Sie sind Alterspräsident, dachte ich: Mensch, so alt bist du doch noch gar nicht! Ich habe mich dann damit getröstet, dass es zumindest ein Bremerhavener ist, der diese ehrenvolle Aufgabe bekommen hat.

(Beifall)

Eigentlich wollen wir alle jünger sein, als wir es sind, von den Teenagern einmal abgesehen, da ist es eigentlich umgekehrt, aber zumindest fühle ich mich nicht so. Man kann zwar nichts dagegen tun, dass man altert, aber man kann sehr viel dagegen tun, dass man veraltet.

Gestatten Sie mir trotzdem noch einmal die Frage: Ist jemand der Anwesenden vor dem 20. August 1943 geboren? Rechnen Sie jetzt bitte nicht nach, wie alt ich bin, sondern fragen Sie sich einfach nur, ob Sie vor mir Geburtstag haben!

- (B) (Heiterkeit)

Niemand? Das habe ich befürchtet! So werden Sie also heute Morgen mit mir vorliebnehmen müssen, und so bin ich dann der Alterspräsident.

Zu meiner Ehrenrettung kann ich aber noch sagen, im Gegensatz zu Konrad Adenauer, der als Alterspräsident 89 Jahre, Ludwig Erhard in gleicher Funktion 79 Jahre und Willy Brandt 77 Jahre alt war, bin ich noch ein junger Alterspräsident.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich die „Jedermänner“ des Sportvereins Osterholz und vom Gymnasium Vegesack den Politikkurs der Jahrgangsstufe 10. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wer mich kennt, der weiß, dass mir staatstragende Worte nicht liegen. Ich bin für klare Worte, die von Herzen kommen, und viele von Ihnen kennen mich. In diesem Sinne möchte ich uns allen heute Morgen einige Gedanken mit auf den Weg geben. Ich möchte Sie zunächst alle nicht nur recht herzlich willkommen heißen, sondern Sie auch alle beglückwünschen, dass Sie von den Wählerinnen und Wählern ein Mandat in diesem Hohen Haus erhalten haben.

Vor vier Jahren konnten wir 32 neue Damen und Herren in unserem Parlament begrüßen, dieses Mal

- (C) sind wieder insgesamt 32 Kolleginnen und Kollegen neu als Abgeordnete berufen worden, darunter auch Zurückgekehrte, wie ich zum Beispiel.

Dass wir dieses Mal so viele Neue mit dabei haben, zeigt, dass das neue Wahlrecht funktioniert. Die Wählerinnen und Wähler haben die neuen Möglichkeiten genutzt und vielen Kandidatinnen und Kandidaten direkt ihre Stimme gegeben. Diese vielen Personenstimmen haben im positiven Sinne einiges durcheinandergewirbelt. Das Ergebnis ist, dass die Parteilisten nicht mehr das Wichtigste sind, ich denke, dass jede angetretene Partei davon ein Lied singen kann. Wenn ich mir heute die Fraktionen ansehe, dann muss ich feststellen: Unser Haus ist bunter geworden, und ich hoffe, dass Sie mir zustimmen, wenn ich sage, das ist gut so!

(Beifall)

35 Abgeordnete sind über Personenstimmen eingezogen, mich selbst hat es auch erwischt, und ich denke, dass einige genauso überrascht waren wie ich, dass sie in die Bürgerschaft eingezogen sind. Nun ist es aber so, dass wir alle, die wir hier nun als Abgeordnete sitzen, die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten haben.

Meine erste Botschaft ist: Das persönliche Stimmresultat zählt jetzt nichts mehr, wir sind alle gleich viel wert, und niemand von uns kann in diesem Haus oder in der eigenen Fraktion einen Anspruch aus seinem persönlichen Stimmresultat ableiten. Das ist wichtig, wenn es darum geht, wie wir hier im Parlament in den nächsten vier Jahren miteinander umgehen. Ich möchte Ihnen auch sagen, warum: Die künftige Koalition hat eine deutliche Mehrheit, sie hat sogar zwei Drittel der Stimmen und kann unsere Landesverfassung ändern. Das ist eine besondere Verantwortung der Regierung, es ist aber auch eine besondere Verantwortung der Fraktionen hier im Haus.

Meine zweite Botschaft an die Regierenden ist: Denken Sie bei all Ihrem Tun an das Wohl unseres Landes und an die Menschen, die hier leben, achten Sie aber genauso die Rechte der Opposition! An die Opposition: Nehmen Sie Ihre besonderen Aufgaben wahr, machen Sie der Regierung das Regieren unbequem, denn wer zu bequem sitzt, der strengt sich nicht mehr an! Wir als Abgeordnete sollen Vorbild sein durch unser eigenes Verhalten, unser Engagement und unseren Umgang miteinander.

Ich muss jetzt noch einmal etwas loswerden, aber ich denke, hier als Alterspräsident werde ich auch nicht verprügelt, also werde ich jetzt einiges sagen, was ich für meinen Geschmack viel zu oft in der Zeitung gelesen habe, dass die Anwesenheit bei den Bürgerschaftssitzungen ganz offensichtlich nicht berauschend gewesen ist. Dies muss besser werden. Helfen Sie bitte alle dabei mit, es heißt schließlich Sitz im Parlament und nicht Kaffeepause in der Lobby!

(D)

(A) Hartmut Perschau, mein politischer Freund, hat vor vier Jahren in seiner Rede als Alterspräsident die niedrige Wahlbeteiligung beklagt. Sie ist leider weiter auf 55,5 Prozent gesunken, und dass es nicht schlimmer geworden ist, verdanken wir natürlich den jungen Erstwählern und der Informationskampagne zum neuen Wahlrecht. Ich bitte Sie deshalb alle: Lassen Sie uns keine Neiddebatten führen, weder über die Bezüge und Pensionsansprüche von Senatoren noch von Abgeordneten oder gewählten Funktionsträgern! Ich bin überzeugt, dass jeder Einzelne in diesem Haus sein Geld wert ist, wenn er sich mit ganzem Herzen für unser Land und die Städte Bremen und Bremerhaven einsetzt. Ich meine, wir müssen aufpassen, dass wir nicht eine Spaltung herbeireden, die niemandem nützt, denn was ist dann das Ergebnis? Ich denke, das Ergebnis ist nicht Bürgernähe, sondern noch mehr Politikverdrossenheit, und das macht mich persönlich ganz nachdenklich.

(B) Begrüßen möchte ich genau an dieser Stelle die Vertreter der Presse – ich habe Sie nicht vergessen, meine Damen und Herren! –, von Rundfunk und Fernsehen! Was ich eben gesagt habe, gilt aber auch für Sie, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie: Fassen Sie meine folgenden Bemerkungen nicht als Angriff auf die unverzichtbare Pressefreiheit oder gar als Belehrung auf, beides liegt mir in keiner Weise! Sie haben die Aufgabe, den Menschen im Land Bremen darüber zu berichten, was hier in der Bremischen Bürgerschaft beraten und beschlossen wird. Sicher ist es interessanter und manchmal auch einfacher, Geschichten über persönlichen Streit zu bringen, als Berichte über inhaltliche Diskussionen, das Ringen um einzelne Argumente oder das mühsame Aufeinanderzugehen, um eine gemeinsame Lösung zu finden, aber auch das gibt es in diesem Hause an vielen Stellen. Wir erhoffen uns in diesem Sinne eine faire Zusammenarbeit und erwarten eine sachliche Berichterstattung.

Mich hat die Rede von Altbundespräsident Rau, die er 2004 in Hamburg vor Journalisten gehalten hat, sehr beeindruckt. In der Rede ging es damals um Medien und Politik und um das Problem, wie Medien mit ihrem Anspruch in der Wirklichkeit umgehen. Zwei Sätze möchte ich Ihnen daraus mit auf den Weg geben! Johannes Rau hat zum einen gesagt, Journalisten sollen die Wirklichkeit abbilden, und zum anderen, was ich noch viel wichtiger finde, Journalisten sind Beobachter und nicht Handelnde. Beides ist einfach gesagt, aber schwer getan. Ich sage das deutlich, weil Ihre Aufgabe, meine Damen und Herren von der Presse, sehr wichtig ist und mit meiner dritten und letzten Botschaft zu tun hat: In den vier Jahren, die vor uns stehen, geht es ans Eingemachte. Eigentlich war es schon in den letzten vier Jahren ernst, aber ich hatte manchmal den Eindruck, das hat kaum jemand so richtig bemerkt. Jetzt wird Bremen von außen vorgegeben, was Sache ist.

Damit wir die Vorgaben unseres Grundgesetzes einhalten können, muss Bremen 120 Millionen Euro

weniger Schulden machen, und zwar jedes Jahr zusätzlich, bis 2019. Schon in diesem Herbst muss Bremen dem Stabilitätsrat erklären, wie das gehen soll, und zwar nicht mit wolkigen Worten, sondern ganz konkret. Das wird uns allen wehtun, und das werden wir auch nur gemeinsam schaffen. Ich habe mich lange gefragt: Was sagst du jetzt dazu, wenn du jetzt schon Alterspräsident bist? Ich habe mich entschlossen, das ist dann eigentlich die einzige Situation, in der du öffentlich und deutlich sagen kannst, was Sache ist, ohne dafür, von wem auch immer, verprügelt zu werden.

Die Menschen in unserem Land haben ein feines Gespür dafür, was geht und was nicht geht. Wir alle wissen, ausweichen geht nicht mehr, meine Bitte deshalb: Schenken wir den Menschen reinen Wein ein, denn wer so tut, als ob man sparen könnte, ohne dass es jemand merkt, der führt die Menschen an der Nase herum! Es geht nicht um kaputtsparen oder Spardiktat, es geht darum, was wir daraus machen. Anderen die Schuld zuzuschieben ist für mich kein Gestalten, sondern Ausweichen. Dreimal ist Bremer Recht, sagen wir ja immer, Sie alle kennen diesen Spruch. Wenn wir ihn ernst nehmen heißt das aber auch, beim dritten Mal muss es sitzen. Wir hatten die Sondermittel des Bundes in der Zeit der Großen Koalition, das war das erste Mal. Wir hatten die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, das war das zweite Mal, und jetzt haben wir die Schuldenbremse und die Hilfen des Bundes, das ist das dritte Mal.

(D) Als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft sind wir nur unserem Gewissen verantwortlich und nicht an Aufträge oder Weisungen gebunden, und wir haben eine besondere Treuepflicht gegenüber der Freien Hansestadt Bremen. Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß. Es kommt jetzt darauf an, was wir daraus machen, dass wir unsere Treue zu Bremen auch leben und bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen, damit das soziale Gefüge nicht weiter in die Schieflage gerät, dass Bremerhaven auch weiter eine Perspektive hat, die Häfen als unsere traditionelle Lebensader weiter blühen, unsere Kinder bessere Bildungschancen haben und die Freie Hansestadt Bremen selbstständig bleibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns allen deshalb eine glückliche Hand, jedem in der Aufgabe, die er übernommen hat, damit wir unseren Wählerinnen und Wählern in vier Jahren sagen können: Wir haben etwas bewegt.

Die Treuepflicht des Alterspräsidenten erfordert jetzt, dass ich gleich einige Formalien abarbeite und Hinweise zum weiteren Verfahren gebe, damit wir die Wahl des neuen Präsidenten vornehmen können. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung der 17. Wahlperiode zunächst zur gemeinsamen Verfah-

(A) rensgrundlage bis zur Feststellung der Geschäftsordnung zu erklären. – Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Um die Abwicklung der Sitzung bis einschließlich der Wahl des Vorstands ordnungsgemäß durchführen zu können, sind folgende vier vorläufige Schriftführer benannt worden: von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Sybille Böschen, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Linda Neddermann, von der CDU-Fraktion die Abgeordnete Sandra Ahrens und von der Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Ich gehe davon aus, dass das Haus mit diesem Verfahren sowie der Benennung einverstanden ist. – Ich höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich bitte die Abgeordnete Sybille Böschen, zu meiner Linken Platz zu nehmen!

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen im Land Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 24. März 2011

D a z u

Antwort des Senats vom 24. Mai 2011 (Drucksache 17/1779)

2. Ressourcenbewirtschaftung an Schulen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. April 2011

D a z u

Antwort des Senats vom 24. Mai 2011 (Drucksache 17/1780)

3. Kompetenzerkennung für berufsbildende Abschlüsse

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 6. April 2011

D a z u

Antwort des Senats vom 17. Mai 2011 (Drucksache 17/1778)

4. Nächtlicher Fluglärmschutz

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 8. April 2011

D a z u

Antwort des Senats vom 31. Mai 2011 (Drucksache 17/1783)

5. Praxis der Scheineheermittlung

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. April 2011

D a z u

Antwort des Senats vom 31. Mai 2011 (Drucksache 17/1784)

II. Sonstige Eingänge

1. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Einbringung der Bundesratsinitiative „Entwurf eines Gesetzes zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid“

Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2011 (Drucksache 17/1781)

2. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Einbringung der Bundesratsinitiative „Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts“

Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2011 (Drucksache 17/1782)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9.00 Uhr, entnehmen können.

Wird das Wort hierzu gewünscht? – Das ist der Fall.

Das Wort hat der Abgeordnete Timke.

Abg. **Timke** (BIW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bekanntlich werden vor Bürgerschaftssitzungen interfraktionelle Absprachen getroffen, um einen reibungslosen Ablauf der Sitzung zu gewährleisten. In der vergangenen Legislaturperiode sind diese Absprachen von mir auch oftmals mitgetragen worden, auch wenn ich als Einzelabgeordneter nicht unmittelbar an diesen Vereinbarungen beteiligt war.

Wenn diese interfraktionellen Absprachen aber dazu führen, dass die Rechte eines Abgeordneten unverhältnismäßig eingeschränkt werden, dann kann dieser Konsens nicht mehr meine Zustimmung finden. Konkret geht es mir um die interfraktionell vereinbarten Redezeiten anlässlich der morgigen Wahl des Senats und der Regierungserklärung am 6. Juli 2011. Während sich die Fraktionen bei der morgigen Wahl für die ersten Redner bis zu 15 Minuten je Fraktion und weitere Redezeiten nach der Geschäftsordnung genehmigen wollen, hat man interfraktionell vereinbart, mir nur insgesamt drei Minuten Redezeit zur Verfügung zu stellen.

(Abg. **G ü n g ö r** [SPD]: Das sind drei Minuten zu viel!)

Die Fraktionen wollen sich also die Redezeit – gemessen an der Geschäftsordnung – verlängern, hingegen meine Redezeit im Hinblick auf die Geschäftsordnung verkürzen. Meine Damen und Herren, das ist undemokratisch.

Außerdem dürfte jedem hier im Haus klar sein, dass man sich nicht einmal ansatzweise in drei Minuten mit der Wahl des Senats, geschweige denn mit einer Regierungserklärung auseinandersetzen kann.

(C)

(B)

(D)

(A) Deshalb beantrage ich abweichend von den interfraktionellen Absprachen, dass mir Redezeiten morgen bei der Wahl des Senats und am 6. Juli bei der Regierungserklärung von jeweils zehn Minuten zur Verfügung gestellt werden. – Vielen Dank!

Abg. **Knäpper** (CDU): Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Timke, wir haben uns soeben verständigt, dass Ihnen die Redezeit, die Sie nach der Geschäftsordnung haben, selbstverständlich zukommen soll. Ich bin gespannt, was Sie hier erzählen werden. Ich kann Ihnen sagen, dass mir persönlich weniger lieber wäre, aber als aufrechte Demokraten werden wir Ihnen das gewähren. Ich glaube aber, dass Sie in diesem Haus auch mit mehr Zeit wenig ausrichten könnten. – Danke!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Abg. **Knäpper** (CDU): Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

An dieser Stelle möchte ich der Abgeordneten Frau Peters-Rehwinkel zu Ihrem heutigen Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des Hauses aussprechen! – Herzlichen Glückwunsch!

(B) (Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, lasse ich über die interfraktionellen Absprachen hinsichtlich der Redezeit abstimmen.

Wer dafür ist, dass der Abgeordnete Timke entsprechend der Geschäftsordnung mehr Redezeit bekommt, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) für die 18. Wahlperiode

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und der CDU
vom 28. Juni 2011
(Drucksache 18/4)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juni 2011

(Drucksache 18/3)

Die Beratung ist eröffnet.

(C)

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns entschlossen, einen Änderungsantrag für die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft und später auch noch für das Gesetz über die Deputationen einzubringen, weil wir der Meinung sind, dass es eine gute Gelegenheit ist, unmittelbar vor der Wahl der Ausschüsse und Deputierten noch einmal die Frage aufzuwerfen, ob wir eigentlich genug Öffentlichkeit haben oder ob es weitere Möglichkeiten gibt, Bürgerinnen und Bürger an der Arbeit dieser Ausschüsse zu beteiligen. Nach unserer Erfahrung ist es sinnvoll, die Ausschüsse selbstverständlich öffentlich zu machen. Meiner Ansicht nach war es ein guter Schritt, alle Ausschüsse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Viele Menschen haben diese Gelegenheit genutzt, die Arbeit der Ausschüsse zu begleiten.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode auch sehr gute Erfahrungen mit runden Tischen zu vielen Themen gewonnen, insbesondere beispielsweise die A 281. Dort hat sich herausgestellt, dass Bürgerinnen und Bürger oft viel Sachkunde haben, die in die konkrete politische Arbeit so einfließen kann, dass sie uns nicht nur die Arbeit erleichtert, sondern dass auch die Ergebnisse oft besser sind, als wenn wir „im eigenen Saft geschmort“ hätten. Wir schlagen daher vor, dass man Menschen, die sachkundig sind und Interesse an diesem Thema aufweisen und eine entsprechende Vorlage gemacht haben, in den Ausschüssen und später auch in den Deputationen Antrags- und Rederecht gibt. Das würde bedeuteten, dass diese Menschen nicht nur dasitzen und zuhören dürfen, sondern dass der Ausschuss sie praktisch in die konkrete Arbeit einbinden kann, indem er ihnen Antrags- und Rederecht gewährt.

(D)

Meines Erachtens wäre es ein guter Schritt, so etwas zu tun. Es würde die Arbeit der Ausschüsse erleichtern, es wäre ein weiterer Schritt zur Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und würde uns möglicherweise davor schützen, an der einen oder anderen Stelle zunächst in die falsche Richtung zu gehen, um dann von den Bürgerinnen und Bürgern bei runden Tischen oder ähnlichen Dingen wieder zurückgeholt zu werden.

Ich bitte Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen, in dem es jetzt konkret darum geht, die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft dahingehend zu ändern, dass Personen oder Vertreter von Personengruppen in diesen Ausschüssen Rederecht und Antragsrecht bekommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Abg. **Knäpper** (CDU): Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rupp, diesen Antrag werden wir ablehnen. Es ist seit Langem in dieser Bürgerschaft üblich, dass Menschen Rederecht in Ausschüssen haben, weil sie nämlich als Gäste eingeladen werden können, und wenn sie Gäste sind, können sie auch jederzeit reden. Das heißt, Sie fordern in dieser Geschäftsordnung nichts Neues.

Das Einzige, was Sie an Neuem fordern, ist, dass Menschen, die nicht Mitglied des Parlamentsausschusses sind, ein Antragsrecht bekommen. Das hört sich im ersten Moment vordergründig ganz schön an, aber wenn Sie einmal ein bisschen in die Analyse der Diskussion zum Thema Volksgesetzgebung und Bürgerantrag gehen – in dem entsprechenden Ausschuss haben Sie ja auch gesessen –, dann wissen Sie doch ganz genau, welche Instrumente wir dafür vorhalten, dass dieses Parlament sich mit den Begehren von Bürgerinnen und Bürgern beschäftigt. Da haben wir eine sehr moderate Lösung des Bürgerantrags, für den 5 000 Menschen unterschreiben müssen. Dann beschäftigt sich nicht ein Ausschuss, sondern das Parlament damit.

(B) Wir haben eine geordnete Form, wie hier Gesetzesvorlagen vom Volk direkt eingebracht werden. Das, was Sie vorschlagen, ist, dass ein ungeordnetes Sammelsurium von willkürlich ausgewählten Menschen Anträge im Parlament stellen kann. Das ist nicht die Vorstellung von parlamentarischer Demokratie, die ich habe. Ich weiß auch nicht, welche Vorstellung von Demokratie das sein soll, denn Volksherrschaft ist das nicht, das ist Funktionärstätigkeit von Verbänden, das lehnen wir ab. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Abg. **Knäpper** (CDU): Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, dass der Kollege Tschöpe die treffenden Worte gefunden hat. Ich möchte es nur in einem anderen Punkt noch ergänzen, denn ich möchte Sie einmal auf den Punkt 2 des Antrags der LINKEN aufmerksam machen. Ich habe es ein paar Mal gelesen und mich dann gefragt, ob ich es vielleicht falsch verstanden habe, das kann aber eigentlich nicht sein. Dort steht, dass Betroffene von dem Thema, das in dem jeweiligen Ausschuss besprochen werden soll, hier nun hinzugezogen werden sollen und gar Antragsrecht in diesem Zusammenhang haben, eine negative Befangenheitsregelung also: Je betroffener man

*) Vom Redner nicht überprüft.

von einem Thema ist, desto mehr kann man direkt mitentscheiden, wie es dann am Ende behandelt werden soll. (C)

Das kann, ehrlich gesagt, wohl nicht Ihr Ernst sein! Wir haben vollständige Transparenz, wir haben es in der letzten Legislaturperiode zum ersten Mal im Land Bremen geschafft, dass die Ausschüsse und Deputationen öffentlich sind. Ich finde, das ist ein riesiger Schritt. Wir haben ständige Gäste, in den Deputationen haben wir externe Deputierte, und wir haben die Öffentlichkeit dort. Damit ist allen diesen Punkten Genüge getan. Dem Punkt 4 kann ebenfalls schon heute Genüge getan werden. Ich würde es auch sehr begrüßen, wenn wir in Zukunft auf der Webseite die entsprechenden nicht vertraulichen Unterlagen einstellen würden, aber auch zu diesem Aspekt gibt es bisher keinen Hinderungsgrund, das können wir machen.

Der Punkt, die Betroffenen nun zu den Entscheidungen zu machen, lässt mich etwas zweifeln, wie Sie vorhaben, in dieser Legislaturperiode – die letzte haben wir Sie ja schon in Ihrer Oppositionsarbeit begleitet, sage ich einmal ganz neutral – hier in diesem Haus Politik zu machen. Wir lehnen den Antrag ab. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Abg. **Knäpper** (CDU): Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp. (D)

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, wir müssen als Parlamentarier diese Debatte mit großem Selbstbewusstsein bestreiten, denn der Antrag der LINKEN scheint den Eindruck vermitteln zu wollen, dass wir durch die Wählerinnen und Wähler bei der letzten Landtagswahl nicht ausreichend legitimiert worden seien. Das Gegenteil ist der Fall, wir leben in einer repräsentativen Demokratie, und das bedeutet, dass diejenigen, die diesem Parlament angehören, auch die Geschicke unseres Landes und der beiden Städte – also in diesem Fall der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven – zu führen haben. Wir haben keine Volksherrschaft, sondern eine repräsentative Demokratie, die wir in unserem Auftrag auch, finde ich, selbstbewusst wahrnehmen müssen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei darf man nicht unberücksichtigt lassen, dass die Parlamentsausschüsse und Deputationen nichts anderes sind als ein Abbild dieses Parlaments, die wir wählen und einsetzen, um unsere Arbeit fachlich zu strukturieren und am Ende dann auch die inhaltliche Beratung zu führen. Wenn das konsequent wäre, was Sie sagen, Herr Rupp, dann müssten Sie auch bean-

(A) tragen, dass Bürgerinnen und Bürger hier im Parlament Rede- und Antragsrecht bekommen. Das wollen Sie selbst nicht. Das wäre aber nur logisch, denn die Ausschüsse und Deputationen sind nichts anderes als ein Teil des Parlaments, und ich finde, damit müssen wir als Abgeordnete auch selbstbewusst umgehen. Wir haben diesen Auftrag, und wir müssen diesen Auftrag auch erfüllen.

Das ändert nichts daran, dass wir viele Möglichkeiten haben – einige sind von Herrn Tschöpe und Herrn Dr. Güldner schon genannt worden –, die den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, an diesen demokratischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Natürlich haben wir immer anlassbezogen in den Ausschüssen und Deputationen Experten oder bestimmte Interessengruppen vertreten gehabt, und das werden wir auch in Zukunft so machen. Ein höheres Maß an Transparenz, als dass wir in den wesentlichen Teilen fast ausnahmslos öffentlich tagen, kann es auch nicht geben. Das heißt, die Kontrollfunktion wird durch die Öffentlichkeit – zwischenzeitlich im Einvernehmen aller Fraktionen dieses Parlaments – hergestellt.

Ich will nur noch einen Punkt hinzufügen. Jeder hat auch die Möglichkeit, das Parlament selbst zu befassen, indem er zum Beispiel von seinem Petitionsrecht Gebrauch macht. Ich finde, dass der Petitionsausschuss in der Vergangenheit mit den Anliegen und Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern sehr sorgsam umgegangen ist.

(B) Kurzum: Wir brauchen kein neues Instrument für Bürgernähe und Bürgerbeteiligung. Wir haben ausreichende demokratische Legitimationen für unsere Arbeit und hinreichende Einwirkungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Knäpper** (CDU): Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Geschäftsordnung, Drucksache 18/3, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Wahl des Vorstands

- a) **Wahl des Präsidenten/der Präsidentin**
- b) **Wahl der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen**
- c) **Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen**

Gemäß Artikel 86 unserer Landesverfassung wählt die Bürgerschaft für ihre Wahlperiode ihren Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Schriftführer. Sie bilden den Vorstand. Interfraktionell ist vereinbart worden, dass der Vorstand aus sechs Personen besteht, also neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen und drei Schriftführer/Schriftführerinnen gewählt werden. Weiterhin wurde vereinbart, dass die Fraktion DIE LINKE das Recht hat, einen Vertreter ihrer Fraktion ohne Stimmrecht in den Vorstand zu entsenden. (D)

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer damit einverstanden ist, dass der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft aus sechs Personen besteht, also neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen und drei Schriftführer/Schriftführerinnen gewählt werden und dass die Fraktion DIE LINKE einen Vertreter ohne Stimmrecht entsendet, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Gemäß Paragraph 9 der Geschäftsordnung ist der neue Vorstand der Bürgerschaft in der ersten Sitzung in der durch Artikel 86 der Landesverfassung bestimmten Reihenfolge mit absoluter Stimmenmehrheit zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Vorstands sind in der Regel die Fraktionen der Bürgerschaft nach ihrer Stärke zu berücksichtigen.

(A) Wir kommen zu

a) Wahl des Präsidenten

Für die Wahl des Präsidenten hat die Fraktion der SPD den Abgeordneten Christian Weber zur Wahl vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, diese Wahl gemäß Paragraf 58 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Ich gebe Ihnen jetzt ein paar Regularien für den Ablauf der Wahl bekannt.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der beiden Wahlkabinen und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig. Falten Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine, und stecken Sie ihn dort in den mitgegebenen Wahlumschlag. Begeben Sie sich dann zu dem Tisch, wo die Wahlurne aufgestellt ist, und werfen Sie den Stimmzettel in die Wahlurne.

(B)

Ich weise noch darauf hin, dass der Schriftführer/die Schriftführerinnen Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er beim Schriftführer/bei der Schriftführerin gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Meine Damen und Herren, besteht Klarheit über das Wahlverfahren? – Da ich keinen Widerspruch höre, gehe ich davon aus.

Wir kommen zur Wahl.

Ich bitte die von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE benannten vorläufigen Schriftführerinnen und den Schriftführer Sybille Bösch, Linda Neddermann, Sandra Ahrens und Klaus-Rainer Rupp, an der Ausgabe der Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen!

Ich rufe jetzt in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Abgeordneten auf und bitte Sie, dann zur Wahl zu gehen.

(C)

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben. – Ich stelle fest, dass dies der Fall ist.

Der Wahlgang ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte den Schriftführer und die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen!

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) für circa 15 Minuten, bis uns das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 10.54 Uhr)

★

Abg. Knäpper eröffnet die Sitzung wieder um 11.05 Uhr.

Abg. **Knäpper** (CDU): Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

(D)

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten bekannt: ausgegebene Stimmzettel 83, abgegebene Stimmzettel 83.

Für Christian Weber stimmten 72 Abgeordnete, es gab sieben Neinstimmen und vier Enthaltungen.

Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Christian Weber die Mehrheit erreicht hat, die nach Paragraf 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderlich ist.

Ich frage den Abgeordneten Christian Weber, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. **W e b e r** [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an! – Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf im Namen aller Abgeordneten dieses Hauses Herrn Christian Weber zu seiner Wahl als Präsident der Bürgerschaft die herzlichsten Glückwünsche aussprechen!

Herr Präsident, ich bitte Sie jetzt, diesen Platz einzunehmen!

(Präsident **W e b e r** übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Weber: Es ist schön, hier oben zu sitzen.

(Heiterkeit)

(A) Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass ich gerührt bin, verheimliche ich nicht, und ich bedanke mich herzlich für Ihren Vertrauensbeweis, den Sie mir in dem Wahlgang entgegengebracht haben. Es ist eine Freude für mich, aber natürlich vor allem auch eine Verpflichtung, und Sie können sicher sein, dass ich mir der Bedeutung des Amtes bewusst bin, dass ich im Einklang mit der Verfassung und der Geschäftsordnung und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer beiden Städte, unseres Landes sowie der Abgeordneten dieses Mandat ausüben werde.

Ich verstehe mich nicht, obwohl ich fast täglich entsprechende Anfragen von unterschiedlichsten Institutionen erhalte, als Schirmherr einer Parlamentsveranstaltung, sondern als durchaus politischen Präsidenten. Dabei will ich selbstverständlich auf Überparteilichkeit achten und nach bestem Wissen und Gewissen handeln, und den vier Fraktionen sage ich eine gute und enge Zusammenarbeit zu. Ich wünsche mir für die weiteren Diskussionen und Debatten unbedingt ein volles Haus wie heute und eine vollständig besetzte Senatsbank, wie wir sie gerade mit großer Befriedigung erleben dürfen.

(Beifall)

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich vor allem bei denjenigen bedanken, die mich gewählt haben. Ich nehme diese Funktion sehr ernst und übe sie mit Lust und Leidenschaft aus. Gleichwohl verspreche ich Ihnen, dass ich das, was Dr. Dieter Klink geleistet hat, nämlich sich knapp 25 Jahre im Amt zu halten, nicht anstrebe.

(Heiterkeit)

Herr Fraktionsvorsitzender Tschöpe, ich weiß jetzt nicht, warum Sie applaudiert haben!

(Heiterkeit)

August Hagedorn, der seinerzeit dieses Haus erbauen ließ, schaffte immerhin 20 Jahre. Dem Mann könnte ich auf den Fersen bleiben.

Meine Damen und Herren, es ist mir ein besonderes Bedürfnis, die mehr als 30 neuen Volksvertreterinnen und Volksvertreter unter uns willkommen zu heißen. Wir haben eine Newcomerquote von 38 Prozent,

(Beifall)

das ist wunderbar, das ist sehr beachtlich! Wir Erfahrenen wollen Ihnen, den Neulingen, den Einstieg so leicht wie möglich machen, Sie sollen Freude haben an Ihrer Arbeit, gefördert werden in Ihrer Neugierde, Ihrem Ehrgeiz und Ihrem Engagement. Sie sollen hier aber auch ein faires Miteinander und natürlich auch Mitmenschlichkeit erfahren.

(C) Ein Neuer, der jedoch in Wirklichkeit ein alter Hase ist, hat heute bisher unsere Sitzung geleitet, Erwin Knäpper. Er saß schon von 1994 bis 2007 hier im Parlament. Sehr geehrter und geschätzter Kollege, ich danke Ihnen von Herzen, dass Sie als Alterspräsident der konstituierenden Sitzung Ihren Stempel aufgedrückt haben mit klugen und souveränen Worten.

(Beifall)

Im Grunde bin ich froh, dass Sie sozusagen der Gegenseite angehören, verehrter Herr Kollege Knäpper. Die Opposition in der 18. Wahlperiode ist wieder einmal arg dezimiert, deshalb stimmt es zuversichtlich, dass Sie auf starke Stützen wie Erwin Knäpper setzen können, denn ohne schlagkräftige Opposition, meine Damen und Herren, verliert die Demokratie an Vitalität.

Die Arbeit von uns Politikern wird akribisch beobachtet und begutachtet, manchmal auch mit einer Hartnäckigkeit, die uns gar nicht so lieb ist. Das passiert leider weniger in der Bevölkerung, wo es eigentlich passieren sollte, sondern vor allem in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Sie lassen uns nicht aus den Augen, was ja gut und richtig ist. Sie halten uns den Spiegel vor und machen uns Vorhaltungen, die allerdings selten angenehm und die dazugehörigen Sachverhalte nicht zwangsläufig vollständig sind. Beispiel: Bedeutungsverlust der Parlamente! Dabei verfügen gerade die Landtage dank der Föderalismusreform über eigene, sogar erweiterte Gestaltungsspielräume, mit denen sie wichtige Zukunftsfelder wie Bildung, Integration oder demografischen Wandel beackern können. Sie müssen nur Initiative ergreifen und den Willen zur Veränderung zeigen. Wenn sie es denn wollen, sind Landesparlamente der Schrittmacher für den Föderalismus und für die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips auf europäischer Ebene.

(D) Bemängelt wird natürlich das schwindende Niveau der Wahlbeteiligung, ein Problem, das sich in Bremen auch am 22. Mai leider zum wiederholten Mal offenbarte, ein gravierendes Problem, das uns zunehmend vor die Frage stellt, ob wir als Volksvertreter noch hinreichend legitimiert sind. Ich halte es aber für zu kurz gegriffen, den Schwarzen Peter allein den Politikern zuzuspielen. Viele Menschen halten sich, gar nicht einmal in böser Absicht, die Politik vom Leibe, selbst dann, wenn sie ihre ureigensten Belange betrifft. Das finde ich einigermaßen fatal, weil wir gerade auch in Bremen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen aktiv und direkt beteiligen möchten, denn gesellschaftlicher Aufbruch und Innovationen nehmen idealerweise an der Basis ihren Anfang, vorausgesetzt, es sind aufgeklärte und gut unterrichtete Bürgerinnen und Bürger vorhanden. Deshalb müssen wir einerseits unsere Aussagen und Argumente auch denjenigen zugänglich und verständlich machen, die sich nicht täglich um das politische Geschehen kümmern, ande-

(A) rerseits müssen sich diese Menschen die nötige Information noch holen und sie aufnehmen. Bemühen um Durchblick und verstehen lernen sind doch wirklich keine unzumutbaren Aufgaben! Ich drücke das jetzt ein wenig drastisch aus: Dumm sind wir eigentlich nicht, nur ein bisschen zu bequem, weil der Staat im Großen und Ganzen ordentlich funktioniert.

Schließlich ist Politikverdrossenheit ein Dauerbrenner, ein großes Wort, hinter dem häufig mehr steckt, als unangenehme Dinge zu beklagen oder deren Erledigung anderen zuzuschieben. Die Politikverdrossenheit hat inzwischen angeblich die Politiker selbst verdrießlich gestimmt. Von den Leiden der Bremer Politiker las man jüngst im „Weser-Kurier“, und es existieren unter uns wohl schon die kleinen Wählerhasser, wie es ein neues Buch offenbart. Darin wird uns Politikern unter anderem eine Art Allmachtfantasie unterstellt. Angeblich glaubt unsere Zunft, wenn viele Wähler und Wählerinnen gegen ein von ihr angeschobenes Projekt aufbegehren, wird es sich am Ende als richtig herausstellen. Das ist eine zweifelhafte Logik.

Was ich jedenfalls beobachte, die Meckerer und Besserwisser dieser Republik versammeln sich am liebsten auch gern gemeinsam mit Politikern in Talkrunden, um endlich Tacheles zu reden. Ich meine, die Plenardebatte – beispielsweise hier in der Bremischen Bürgerschaft – ist der Talkshow mindestens insoweit stets überlegen, als sie in Entscheidungen mündet.

(B) (Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will nichts schönreden und keinerlei Verantwortung von uns Politikern abschieben, ich möchte nur dafür werben, nicht den kurzfristig bequemeren Weg zu beschreiten, um Konflikte zu lösen. Es bedarf der Sorgfalt, Geduld, Klarheit und damit Zeit, um Probleme bei den Wurzeln zu packen.

Unter den Bedingungen der heutigen Medienvielfalt mit ihrer modernen Nachrichtenproduktion fällt es den Parlamenten und den Regierungen immer schwerer, die Aufmerksamkeit der Menschen für ihr Tun zu wecken und zu erhalten. Das Ausdauernde, das Langfristige, das Nachhaltige, all das bleibt schnell auf der Strecke. Die Themen wechseln rasant: Euro, EHEC, Energiewende – heute dies, morgen das –, und ich glaube und bin mir fast sicher, der Zyklus der Medienöffentlichkeit entspricht nicht mehr dem Arbeitsrhythmus und -pensum der Parlamente. Ich bezweifle sehr, dass unsere Situation in der veröffentlichten Meinung noch eine angemessene Berücksichtigung findet. Ich weise keine Schuld zu, ich stelle nur fest. Das hat auch mit der Kleinigkeit zu tun, dass ich während einer gewöhnlichen Plenarsitzung in unserem Hause nachmittags oftmals auf leere Presse- und leider auch auf leere Besuchertribünen schaue.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar Sätze von Günter Grass zitieren, die er vor Jahren

zum Parlamentarismus ohne Öffentlichkeit geschrieben hat und die überspitzt formuliert das Dilemma verdeutlichen: „Parlamentsdebatten in voller Länge nachzulesen, die jeweils anstehende Sache zu kennen und nicht nur die Personen, die sie öffentlich vertraten, das waren Selbstverständlichkeiten einer politischen Kultur. Ich hatte als junger Journalist als Lehrherren einen alten Redakteur, der nicht begreifen konnte, wie Parlamentarismus praktiziert werden sollte und könnte, ohne eine regelmäßige und ausführliche Berichterstattung aus dem Bundestag in allen Zeitungen, eine Berichterstattung nicht nur an den wirklichen oder scheinbar wichtigen Parlamentstagen, sondern Sitzung um Sitzung, und nicht nur einen Bericht über das Ergebnis, sondern so detailliert wie möglich auch über ihm vorausgegangene Debatten.“ Eine idealistische Betrachtung, aber doch keine Utopie!

Meine Damen und Herren, Politik heißt Prioritäten setzen, und diese Priorität ist für die Bürgerschaft und den Senat für die kommenden vier Jahre eindeutig definiert: Das Ringen um die Existenz und das Wohl unseres Zwei-Städte-Staates ist oberstes Ziel in der Überzeugung, der Lebensqualität der Menschen zu dienen. Nur dann lohnt sich der Einsatz wirklich. Mit verunsicherten und ängstlichen Menschen können wir diese Herausforderung nicht bewältigen, sondern mit Frauen und Männern, die optimistisch sind, die mitmischen und Mitverantwortung tragen, die Konflikte austragen, aber auch Konsense finden und Toleranz üben, die Mehrheiten respektieren und Minderheiten schützen. Diese Menschen können wir auf unsere Seite ziehen, wenn wir Abgeordnete ihnen mit Offenheit, mit Aufrichtigkeit, mit Glaubwürdigkeit, mit Sachkompetenz und guten Ideen begegnen. Das ist freilich keine einmalige Geschichte, Vertrauen muss ich ständig neu erwerben.

Anfängerinnen, Anfänger oder Altgediente, wir haben eines gemeinsam: Wir alle sind frei gewählte Abgeordnete, gewählt nach einem veränderten Bremer Wahlrecht, das den Wählerinnen und Wählern mehr Einflussmöglichkeiten als vorher erlaubt, und die haben sie natürlich weidlich genutzt. Das stimmt nicht jede Kandidatin oder jeden Kandidaten fröhlich-friedlich, sorgt aber für mehr Frische und Flexibilität im System aus Parteilisten und Personen. Das neue Wahlrecht hat sich insgesamt bewährt. Es ist näher an den handelnden Personen und imstande, eine intensivere Beziehung zwischen dem Wähler und dem Gewählten zu knüpfen.

Meine Damen und Herren, uns stehen harte Zeiten im parlamentarischen Geschäft bevor, Wünsche Ihrerseits nach Verständnis und Lob kann ich gut nachempfinden. Ich gebe immer gern Lob! Auch Politikerinnen und Politiker brauchen beides, aber sie werden stärker als andere darum kämpfen müssen. Bleiben wir uns also des Maßstabs für unser politisches Handeln stets bewusst: die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und ihre Zukunft, also deren

(C)

(D)

- (A) Kinder! Dabei sollten wir möglichst auf persönliche Profilierung und Opportunismus verzichten zugunsten einer kollegialen und konstruktiven Zusammenarbeit. Auf geht es! – Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu weiteren Wahlen.

b) Wahl der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen

Es sind zwei Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Bernd Ravens und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Silvia Schön.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Es ist vereinbart, auch diese Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Damit gelten im Grundsatz dieselben Verfahrenshinweise, die auch bereits bei der Wahl des Präsidenten gegeben worden sind. Da hier in einem Wahlgang mehrere Personen gewählt werden, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass gemäß Paragraph 58 Absatz 6 Satz 4 der Geschäftsordnung ein Stimmzettel insgesamt ungültig ist, wenn ein Kreuz fehlt. Für eine gültige Stimmabgabe sind daher sämtliche Wahlvorschläge entweder mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.

(B)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass das Wahlverfahren klar ist, dann können wir die Wahl durchführen. Ich bitte jetzt die Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Neddermann und Herrn Rupp, an der Ausgabestelle beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen!

Ich komme zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, haben alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben? – Ich sehe, das ist der Fall.

Der Wahlgang ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Auszählung.

Ich bitte die Schriftführerinnen und den Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) für 15 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 11.38 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.51 Uhr.

- (C) **Präsident Weber:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen nun die Ergebnisse der Wahl zweier Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bekannt.

Auf den Abgeordneten Bernd Ravens entfielen 74 Jastimmen, drei Neinstimmen, vier Enthaltungen und zwei ungültige Stimmen.

Auf die Abgeordnete Frau Schön entfielen 66 Jastimmen, neun Neinstimmen, sechs Enthaltungen und zwei ungültige Stimmen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass der Abgeordnete Ravens und die Abgeordnete Frau Schön die Mehrheiten erreicht haben, die nach Paragraph 9 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung erforderlich sind.

Ich frage die Abgeordnete Frau Silvia Schön, ob sie die Wahl annimmt.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, gern, und ich freue mich auf das Amt!)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich!

(Beifall)

Ich frage den Abgeordneten Bernd Ravens, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. R a v e n s [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Auch Ihnen meine herzlichen Glückwünsche!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich sind wir auf Sie angewiesen, und wir sichern Ihnen kollegiale Zusammenarbeit mit dem Haus zu. – Herzlichen Dank!

Ich bitte nun die Abgeordnete Silvia Schön, zu meiner Rechten auf dem Sitz der Vizepräsidentin Platz zu nehmen. – Frau Kollegin Schön, bitte kommen Sie!

c) Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen

Für die Wahl der drei Schriftführerinnen sind folgende Wahlvorschläge eingereicht worden: Von der SPD-Fraktion wurden vorgeschlagen die Abgeordneten Ulrike Hiller und Manuela Mahnke und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Dr. Zahra Mohammadzadeh.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Hier gilt das gleiche Verfahren wie bei den Wahlen des Vizepräsidenten und der Vizepräsidentin. Wir haben uns darüber verständigt, dass wir auch hier

(D)

- (A) Kabinenvahl vornehmen. Für eine gültige Stimmabgabe sind sämtliche Wahlvorschläge mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.
- Ich bitte die Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Neddermann und Herrn Rupp, an der Ausgabestelle für die Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen!
- Wir kommen nun zum Namensaufruf.
- (Es folgt der Namensaufruf.)
- Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben. – Alle Abgeordneten haben den Stimmzettel abgegeben.
- Damit ist der Wahlgang geschlossen.
- Ich bitte den Schriftführer und die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.
- Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Auszählungsergebnis vorliegt, ich sage einmal, in 15 Minuten müssten wir es schaffen.
- (Unterbrechung der Sitzung 12.09 Uhr)
- ★
- (B) Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.22 Uhr.
- Präsident Weber:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.
- Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen nun das Wahlergebnis der Wahl der drei Schriftführerinnen bekannt: Auf die Abgeordnete Ulrike Hiller entfielen 67 Jastimmen, 10 Neinstimmen, 4 Enthaltungen, zwei ungültige Stimmen. Auf die Abgeordnete Manuela Mahnke entfielen 70 Jastimmen, 7 Neinstimmen, 4 Enthaltungen und zwei ungültige Stimmen, und auf die Abgeordnete Dr. Zahra Mohammadzadeh entfielen 62 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 6 Enthaltungen und zwei ungültige Stimmen.
- Meine Damen und Herren, damit stelle ich fest, dass die Abgeordneten Ulrike Hiller, Manuela Mahnke und Dr. Zahra Mohammadzadeh die Mehrheit der Stimmen erreicht haben, die nach Paragraph 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderlich ist.
- Ich frage die Abgeordnete Ulrike Hiller, ob sie die Wahl annimmt.
- (Abg. Frau Hiller [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)
- Herzlichen Glückwunsch!
- (Beifall)
- (C) Ich frage die Abgeordnete Manuela Mahnke, ob sie die Wahl annimmt.
- (Abg. Frau Mahnke [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)
- Auch Ihnen herzliche Glückwünsche!
- (Beifall)
- Ich frage die Abgeordnete Dr. Zahra Mohammadzadeh, ob sie die Wahl annimmt.
- (Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, Herr Präsident, sehr gern, und ich bedanke mich für dieses Vertrauen!)
- Auch von mir die allerherzlichsten Glückwünsche!
- (Beifall)
- Meine Damen und Herren, damit sind die drei Schriftführerinnen gewählt.
- An dieser Stelle darf ich Ihnen noch mitteilen, dass die Fraktion DIE LINKE für den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft als Vertreter ihrer Fraktion ohne Stimmrecht Herrn Cindi Tuncel benannt hat.
- Auch Ihnen meine herzliche Gratulation, und ich sage Ihnen ebenfalls eine kollegiale Zusammenarbeit in unserem Vorstand zu!
- (Beifall)
- Ich bitte die Abgeordnete Ulrike Hiller, den Platz zu meiner Linken einzunehmen!
- Bevor wir die Tagesordnung fortsetzen, möchte ich Ihnen noch Folgendes mitteilen: Ich möchte Ihnen davon Kenntnis geben, dass die Fraktion der SPD den Abgeordneten Björn Tschöpe zum Vorsitzenden und die Abgeordneten Sybille Böschchen und Karin Garling zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zu ihrem Vorsitzenden den Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, zu ihren stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten Björn Fecker und Dr. Maike Schaefer gewählt. Bei der Fraktion der CDU wurden der Abgeordnete Thomas Röwekamp zum Fraktionsvorsitzenden und die Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann und Heiko Strohmann zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Fraktion DIE LINKE hat zu ihrer Vorsitzenden die Abgeordnete Kristina Vogt und zu ihren stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten Cindi Tuncel und Klaus-Rainer Rupp gewählt.
- (D)

(A) Allen meine allerherzlichsten Glückwünsche, an die Fraktionsvorsitzenden, an die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, und ich wünsche mir, dass wir in den nächsten vier Jahren ein lebendiges, starkes Parlament repräsentieren! Herzlichen Glückwunsch, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Fragestunde

Für die Fragestunde sind von den Fraktionen keine Anfragen eingereicht worden.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Damit sind wir an das Ende unserer heutigen Landtagssitzung angekommen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für den zügigen, konstruktiven, kooperativen Verlauf der Konstituierung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 12.28 Uhr)

(B)

(D)